Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/1075

19. 08. 91

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrea Lederer und der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/1010 —

Anschläge auf die sowjetischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland

Am 22. Juni 1991 gegen vier Uhr früh Moskauer Zeit wurde ein Posten der sowjetischen Armee in Potsdam von Unbekannten angeschossen und erlitt schwere Verletzungen. Es war exakt der Zeitpunkt, an dem vor fünfzig Jahren der Überfall auf die UdSSR stattfand.

1. Zu wie vielen vergleichbaren Vorfällen kam es seit dem Abschluß des Truppenabzugsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR?

   Wie viele Anschläge auf sowjetische Soldaten und auf Einrichtungen der sowjetischen Armee wurden ausgeübt?

Nach den Erkenntnissen der Bundesregierung, die auf Meldungen aus den zuständigen Bundesländern beruhen und unter dem Vorbehalt der Unvollständigkeit stehen, fanden seit Abschluß des Truppenaufenthalts- und Abzugsvertrags zwei mit dem Vorfall vom 22. Juni 1991 vergleichbare Ereignisse sowie insgesamt 24 Angriffe gegen sowjetische Soldaten und Einrichtungen statt.

2. Besitzt die Bundesregierung Kenntnisse darüber, ob die Anschläge politisch motiviert sind?

   Welche anderen Motive sind der Bundesregierung bekannt?

Gesicherte Erkenntnisse über die Motivlage der Täter liegen der Bundesregierung nicht vor. Nach den Zielobjekten der Anschläge und den bei Tatbegehung von Zeugen vernommenen Rufen und Meinungsäußerungen der Täter läßt es sich nicht ausschließen,

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern vom 15. August 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

daß einzelne Täter aus einer rechtsextremistischen Motivation heraus gehandelt haben.

3. Hat die Bundesregierung Informationen über die Akzeptanz der sowjetischen Truppen in der Umgebung der Stationierungsorte?

   Wenn nein, warum nicht?

   Wenn ja, ist die Akzeptanz positiv oder negativ?

   Wenn sie negativ ist, was hat die Bundesregierung unternommen, um dem entgegenzuwirken?

   Wenn sie nichts unternommen hat, warum nicht?

Hinsichtlich der Frage der Akzeptanz der sowjetischen Truppen in der Umgebung der Stationierungsorte verfügen eher die örtlichen Behörden als die Bundesregierung über Erkenntnisse. Nach Beurteilung der Bundesregierung aufgrund der ihr aus einzelnen neuen Bundesländern vorliegenden Informationen, die örtlich oder regional unterschiedlich sein mögen, nimmt die Akzeptanz der noch hier stationierten sowjetischen Truppen bei der Bevölkerung tendenziell eher zu.

4. Wie versucht die Bundesregierung dem Umstand entgegenzuwirken, daß die Soldaten sich nicht „wie in Feindesland" fühlen?

   Gibt es von der Bundesregierung initiierte Programme, die das gegenseitige Verständnis von Bürgern und abziehenden Soldaten fördern könnten?

   Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung und die Regierung der UdSSR haben sich im Truppenaufenthalts- und Abzugsvertrag zum Ziel gesetzt, die Regelung des befristeten Aufenthalts und endgültigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Aufenthaltsgebiet zu einer vertrauensbildenden Maßnahme zwischen beiden Staaten zu gestalten.

Auf der Grundlage des Aufenthalts- und Abzugsvertrags befassen sich die gemäß Artikel 25 eingesetzte deutsch-sowjetische Gemischte Kommission und ihre zwölf Arbeitsgruppen mit der Umsetzung des Vertrages und der Bewältigung auftretender Probleme. Die neuen Bundesländer sind an dieser Zusammenarbeit über die Länderbeauftragten für den Aufenthalt und Abzug der sowjetischen Truppen sowie auch auf Fachebene maßgeblich beteiligt. Die Bundeswehr unterstützt die sowjetischen Streitkräfte im Rahmen der Ressortzuständigkeit insbesondere durch das Deutsche Verbindungskommando zu den sowjetischen Streitkräften in Strausberg sowie mit ihren territorialen Dienststellen im Aufenthaltsgebiet.

Diese Zusammenarbeit hat sich positiv entwickelt und trägt mit dazu bei, das erklärte politische Ziel der Bundesregierung zu verwirklichen, daß die sowjetischen Soldaten nach Rückkehr in ihre Heimat die Bundesrepublik Deutschland in guter Erinnerung haben.

Die Bundesregierung mißt daher den menschlichen und kulturellen Kontakten zwischen den sowjetischen Truppen und der deut-

schen Bevölkerung große Bedeutung bei. Sie ermutigt private Träger sowie Kommunen und Länder, bewährte Aktivitäten in diesem Bereich fortzusetzen und zu verstärken. Sie unterstützt die Durchführung von Veranstaltungen der sowjetischen Truppen wie Tage der offenen Tür in den sowjetischen Garnisonen und gemeinsame Treffen. Dem Auswärtigen Amt stehen im Bundeshaushalt für 1991 und in der Finanzplanung für die Jahre 1992 und 1993 insgesamt 3 Mio. DM für die Förderung von gesellschaftlichen und kulturellen Kontakten zwischen den sowjetischen Truppen und der deutschen Bevölkerung zur Verfügung, die für Projekte im Stationierungsgebiet eingesetzt werden. Die Länderbeauftragten für den Aufenthalt und Abzug der sowjetischen Truppen koordinieren die einzelnen Aktivitäten.

Mit dem Ziel, zum besseren gegenseitigen Kennenlernen und Verstehen der beiden Völker beizutragen, arbeitet auch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eng mit den sowjetischen Streitkräften zusammen. Diese Zusammenarbeit umfaßt unter anderem die Bereitstellung von aktuellem Informationsmaterial zur Politik der Bundesregierung und die Förderung von Seminaren für sowjetische Offiziere ebenso wie die Überlassung von landeskundlichen Filmen über Deutschland und die Herausgabe einer Informationsbroschüre in russischer Sprache für die Angehörigen der Truppen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333